



Bildung einer neuen Bundesregierung

- Und Morgen? Morgen ist alles ganz anders! *Seite 2*



DIE LINKE Oder-Spree

- Kreisvorstand LOS verjüngt sich *Seite 4*
- Dankt für Solidarität und Hilfe *Seite 6*



Antifascismus

- Der Schoß ist fruchtbar noch *Seite 12*
- Legion Condor über Guernica *Seite 13*

Frauen: Gleichberechtigt und selbstbestimmt!

Eine geschlechtergerechte Gesellschaft beginnt mit einer konsequenten Gleichstellungspolitik, die Frauen im Beruf, in der Politik, in der Bildung, in den Medien eine gleichberechtigte Teilhabe sichert und sie vor Diskriminierung und Gewalt schützt.

Benachteiligungen, wie der anhaltende Lohnunterschied von mehr als 20 Prozent, der geringe Anteil von Frauen in Entscheidungspositionen und Se-

xismus, müssen überwunden werden. Selbstbestimmung über den eigenen Körper und die eigene Reproduktion ist zu garantieren.

DIE LINKE steht für emanzipatorische Familienpolitik. Familie ist da, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen, egal, in welcher Gemeinschaftsform sie leben. Familienpolitik muss allen Menschen ein gutes, planbares Leben ohne Zukunftsangst ermöglichen.

Dafür müssen öffentliche Infrastruktur und soziale Sicherheit wirksam ausgebaut werden.

Gleichstellung allein reicht uns nicht. Geschlechtergerechte Politik ist Gesellschaftspolitik und betrifft die Gleichstellung von Frauen, Männern, Transgendern und Intersexuellen, ohne dass ein Geschlecht oder eine Lebensweise als Norm gesetzt wird. Deshalb setzen wir uns für eine offene und gleichberechtigte Gesellschaft ein.

DIE LINKE fordert daher:

- einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 12 Euro
- gleiche Entlohnung für gleiche und gleichwertige Arbeit
- eine 50-Prozent-Quote für den öffentlichen Dienst
- ein Gleichstellungsgesetz für die private Wirtschaft
- bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für professionelle Sorgearbeit und personenbezogene Dienstleistungen (Kinderbetreuung, Pflege)
- Elterngeld für alle Eltern ohne Anrechnung auf Transferleistungen wie Hartz IV
- verbindliche Maßnahmen für Migrantinnen und Frauen und Mädchen mit Behinderung, um Mehrfachdiskriminierung aufzuheben
- Streichung der Paragraphen 218 und 219 StGB
- der Wiedereinstieg in den Beruf nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause muss durch kostenfreie Weiterbildungsangebote erleichtert werden, vor allem für Alleinerziehende muss es mehr Unterstützung geben
- einen flexiblen Elterngeldanspruch von 12 Monaten pro Elternteil bzw. 24 Monaten für Alleinerziehende
- Schutz- und Hilfseinrichtungen sollen einzelfallunabhängig, pauschal und verlässlich finanziert sowie barrierefrei werden
- wirksamen Schutz vor Gewalt gegen Frauen

365 ♀

Jeder Tag ein Frauentag: Gleichberechtigung endlich umsetzen!

DIE LINKE.

DIE LINKE.

Kreisverband Oder-Spree



von
Thomas Nord,
Mitglied des Bundes-
tages, Landesliste
Brandenburg

Kontakt:
**Deutscher Bundes-
tag**, Platz der Repu-
blik 1, 11011 Berlin
• Telefon:
(030) 227-7 26 75
• Fax:
(030) 227-7 66 75
• E-Mail:
thomas.nord@
bundestag.de
• Internet: [https://
thomas-nord.de](https://thomas-nord.de)

Wahlkreisbüro:
Frithjof Bastian,
Mühlenstr. 15, 15517
Fürstenwalde
Tel.: (033 61) 34 26 18
Fax: (033 61) 34 26 24
E-Mail: thomas.
nord.ma04@bun-
destag.de

Quelle: GroKolores,
Seiten 44–45 (siehe
Widerspruch, S. 3)

Und Morgen? Morgen ist alles ganz anders!

GroKo – ja oder nein

Einen Artikel über die politische Lage in Deutschland vier Tage vor der Verkündung des Ergebnisses im Mitgliederentscheid der SPD zum Koalitionsvertrag zu veröffentlichen, ist nicht ohne Risiko. Aber das ist es nie. Denn wir leben schon seit längerem in Zeiten, in denen auf die Frage: „Und was ist Morgen?“ die Antwort mit einem schweren Ausatmen lautet: „Morgen ist ja schon wieder alles ganz anders!“

Seit der Wahl vom 24. September ist Angela Merkel eine geschwächte Kanzlerin, die seit fünf Monaten nicht in der Lage ist, eine Regierung zu bilden. Sie geht wie Helmut Kohl 1994 ihrem politischen Amtsende entgegen. Von Horst „Die-Heimat“ Seehofer wollen wir erst gar nicht reden. Die SPD ist auf ein Wahlergebnis gestürzt, wo gerade noch eine Zwei vorne steht. Union und SPD erscheinen dieser Tage wie zwei Passagiere der Titanic, die noch nicht begriffen haben, dass diese den Eisberg schon gerammt hat. Der Unmut in beiden Parteien ist groß und zugleich verwundert, dass er so verhalten bleibt. Eine erneute Koalition aus CDU/CSU und SPD wird den sichtbar gewordenen Umbruch in der Parteienlandschaft nicht abbremsen.

Im Vorfeld der Mitgliederbefragung in der SPD über den ausgehandelten Koalitionstext wurden sämtliche Register der Dramaturgie gezogen. Ohne auf die personellen Debatten einzugehen, zeigt die De-

moskopie einen Niedergang für die „Große“ Koalition in den Zustimmungswerten von 53 Prozent Wahlergebnis zu 45–46 Prozent. Für die SPD ist ein Abrutschen von 20,5 Prozent auf 15 Prozent eingetreten, sie lag erstmals hinter der AfD. Einer Verweigerung der Zustimmung musste also angesichts des durchaus als realistisch einzustufenden Szenarios die Feststellung getroffen werden, dass Union und SPD nach einer Neuwahl erstmals seit 1949 keine Mehrheit im Parlament mehr hätten und die SPD nur noch drittstärkste Kraft im Parlament wäre.

Bleibe für Merkel zum Machterhalt die Möglichkeit einer Minderheitsregierung. Bei dieser ist jedoch ein vorzeitiges Scheitern angestrebt, denn die oppositionellen Kräfte lauern hier prinzipiell auf einen günstigen Moment, um die schwache Regierung scheitern zu lassen und bei Neuwahlen eine Mehrheit zu bekommen. Mit einer Minderheitsregierung sind die politischen Verhältnisse unsicherer. Aber im Falle vorgezogener Neuwahlen droht die gleiche Schlagzeile: „Große Koalition ohne Mehrheit – Was nun?“

Der Bundestag als Legislativorgan kann sich derweil in „Business as usual“ üben. Er führt nicht nur die Geschäfte, denn er wurde ja am 24. September 2017 ordentlich neu gewählt und musste nach Vorschrift im Grundgesetz spätestens nach 30 Tagen das erste Mal zusammentreten. Für dieses Zusammentreten

wurde die Geschäftsordnung des Bundestages verändert, weil man keinen Alterspräsidenten der AfD zulassen wollte, der möglicher Weise eine völkisch angefärbte Rede gehalten hätte, in deren Zentrum eine Relativierung oder gar Leugnung des Holocaust hätte stehen können.

Da jedoch mit 45 Parlamentsjahren der Dienstälteste Abgeordnete Wolfgang Schäuble zugleich Kandidat für das Amt des Bundestagspräsidenten war, hat er die Rolle dem zweitlängsten Parlamentarier überlassen. Hermann Otto Solms gab sich auch sogleich den persönlichen Gefühlen hin, die der Wiedereinzug der FDP in ihm ausgelöst hatte. Selbstgefälliges Schneuztuchgerede, das der Eitelkeit eines Christian Lindner kaum hinterher stand.

Als nächstes wurden die Ausschüsse konstituiert, die ordentlichen Mitglieder und ihre Stellvertreter*innen durch die Fraktionen bestimmt. Lieber falsch ausschuss als gar nicht, lautet hier die Devise. So ist immerhin fünf Monate nach dem Wahlsonntag die Arbeitsfähigkeit des Parlaments bis auf eine gewählte und tragfähige Regierung hergestellt. In den umliegenden Ländern schaut man eher mit Kopfschütteln auf diesen Prozess. Unabhängig vom Ausgang der Mitgliederbefragung wird der Bundespräsident nach dem 4. März wieder ins Scheinwerferlicht rücken, weil auf seine Initiative die Wahl der Kanzlerin auf die Tagesordnung

U

Umfaller

Der Martin Schulz, ist das denn wahr,
schrie plötzlich laut „GroKO –Ja, JA!“
Zwar lieben viele den Verrat,
doch keiner den, der es dann tat.
Das musste Martin nun versteh'n
„Zerknirscht, gebeugt nach Hause geh'n“.



des Parlaments gesetzt wird. In den Wochen vom 12. März bis 23. März wird der Bundestag zu zwei aufeinander folgenden Sitzungswochen zusammentreten und hier wird der Erwartungsdruck so oder so hoch sein.

Wie schon in der 17. Wahlperiode bin ich ordentliches Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Nicht nur auf Grund der Wahl zum Europäischen Parlament voraussichtlich vom 23. bis 26. Mai 2019 wird die EU eines der zentralen Themen der Wahlperiode für den Bund. Die Pläne für ein Kerneuropa und ein eigenes Euro-Zonenbudget werden sicherlich vorangetrieben. Auch die Verabschiedung des mehrjährigen Finanzrahmens von 2021 bis 2027 wirft ihre Schatten voraus.

Mit dem Ausscheiden der Briten wird ein jährliches Finanzloch von geschätzt 10–14 Prozent des EU-Haushalts zu decken sein. Das entspricht auf sieben Jahre je nach Lesart zwischen 70 und 100 Milliarden Euro. Momentan wird über eine Erhöhung des Budgets gestritten,

aber auch über Kürzungen. Es steht zu befürchten, das gerade Ostdeutschland und die ostdeutsche Landwirtschaft wieder zum Sparschwein der Republik gemacht werden sollen. Dem werde ich mich mit ganzer Kraft entgegen stellen.

Die Union hat sich in den Jahren der Krise als belastbarer erwiesen, als ihr das viele zugetraut hätten. Dennoch sind die Uneinigkeiten im Trend unübersehbar geworden. Auch die Terminsetzung der Verkündung des SPD-Referendums hat eine europäische Dimension. Es geht an diesem Tag nicht nur um das zustande kommen einer Regierung in Deutschland und die Wahl des Oberbürgermeisters in Frankfurt (Oder), am 4. März wird auch in Italien gewählt. Italien hat in den vergangenen Jahren viele Dramen, Opern und Arien erlebt, die allesamt bühnenreif wären.

Mit dem prognostizierten Wahlergebnis in Italien werden ab dem 5. März in Rom Koalitionsgespräche zwischen Forza Italia, Lega Nord, Fratelli d'Italia und Partito Democratica befürchtet. In Ös-

terreich ist die Freiheitliche Partei „nur“ Juniorpartnerin der Regierung. In Italien säße ein neofaschistisches Bündnis unter Leitung von Silvio Berlusconi am Lenkrad, wenn das Ergebnis wie prognostiziert ausfällt. Angesichts dieser Situation möchte man auf die Frage: „Und was ist Morgen?“ mit einem Blick in den Himmel antworten: „Morgen? Morgen ist zum Glück wieder alles ganz anders.“

NACHGELESEN

Klassenkampf

All und jene Ausbeutung „sofort“ abzuschaffen, davon träumt die Menschheit schon lange, schon viele Jahrhunderte, ja Jahrtausende. Doch diese Träume blieben Träume, solange Millionen der Ausbeuteten nicht begannen, sich in der ganzen Welt zum konsequenten, beharrlichen und allseitigen Kampf für die Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft in der Richtung der eigenen Entwicklung dieser Gesellschaft zusammenzuschließen. Die sozialistischen Träume verwandelten sich erst dann in den sozialistischen Kampf von Millionen Menschen, als der wissenschaftliche Sozialismus von Marx die Umgestaltungsbestrebungen mit dem Kampf einer bestimmten Klasse verknüpfte. Außerhalb des Klassenkampfes ist der Sozialismus eine leere Phrase oder ein naiver Traum.

*W. I. Lenin,
aus „Kleinbürgerlicher und proletarischer Sozialismus“, 1905*

Eingesandt von Bodo Kruse

MARX-WORTE



Jeder, der etwas von der Geschichte weiß, weiß auch, daß große gesellschaftliche Umwälzungen ohne das weibliche Ferment unmöglich sind. Der gesellschaftliche Fortschritt lässt sich exakt messen an der gesellschaftlichen Stellung des schönen Geschlechts (die Häßlichen eingeschlossen).

*Karl Marx an Ludwig Kugelmann,
12. Dezember 1868, MEW Bd. 32,
S. 582f.*

Eingesandt von Dr. Artur Pech

BUCHTIPP

GroKolores

Kleines Lexikon zum Koalitionstheater

Anstelle eines Vorworts:

Vorschlag für eine Sahara-Koalition

Was sollte nach der überraschend unentschiedenen Bundestagswahl 2017 am besten folgen? Die große Koalition Schwarz-Rot wurde ja noch am Wahlabend abgeschmettert. Eine „Jamaika-Koalition“ aus Schwarz-Gelb-Grün klang neu, bis der smarte Christian Lindner lieber mit dem Satz hinschmiss: „Es ist besser nicht zu regieren, als falsch zu regieren!“

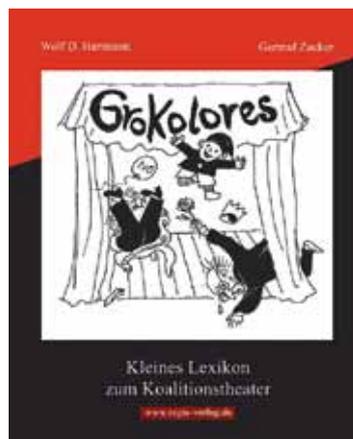
Das bewies Kompromissunfähigkeit in schwierigen und angespannten Situationen und fuchste die Rautenmacherin und viele Erwartungsfrohe sehr. Im Internet hagelte es Spott:

„Lieber nicht aufstehen als mit dem falschen Bein!“
„Lieber keine Hausaufgaben als fehlerhafte!“

Eine früher mögliche Ampel-Koalition aus Rot-Grün-Gelb hat vorläufig keine Chance durch die Zerstrittenen und Alternativen. Die Kenia-Koalition wagt auch keiner, Schwarz, Rot und Grün. Daher findet folgender Vorschlag aus dem Wahlvolk wohl die meisten Anhänger (<http://www.rationalgalerie.de/home/alles-bleibt-wie-es-ist.html>):

- „Welche Koalition würden Sie denn bevorzugen? Die große Koalition? Die Ampel-Koalition? Oder die Jamaika-Koalition?“
- „Die Sahara-Koalition!“
- „Wie bitte? Sahara-Koalition?“
- „Sahara-Koalition: Man schickt sie alle in die Wüste!“

*Wolf D. Hartmann, Gertrud Zucker
Bad Saarow, nach Abschluss des GroKolores 2018*



Wolf D. Hartmann,
Gertrud Zucker,
GroKolores, Kleines
Lexikon zum Koalitionstheater,
REGIA-CO-WORK,
2018, kartoniert,
62 Seiten,
Preis: 10 €
ISBN:
978-3-86929-401-8

17. Februar 2018 – Gesamtmitgliederversammlung der Partei DIE LINKE Oder-Spree in Erkner

■ DIE LINKE Oder-Spree verjüngt ihren Kreisvorstand für das Superwahljahr 2019

Am 17. Februar wählte DIE LINKE im Oder-Spree-Kreis in den Räumen der GefAS in Erkner einen neuen Kreisvorstand.

Die Doppelspitze bilden Christopher Voß (31), der erneut zum Kreisvorsitzenden gewählt wurde, und Julia Wiedemann (37), die die bisherige Kreisvorsitzende Rita-Sybille Heinrich ablöst. Heinrich wird zukünftig gemeinsam mit Jörg Mernitz als stellvertretende Vorsitzende die Arbeit des Kreisverbandes unterstützen. Als Geschäftsführer wiedergewählt wurde Uwe Tippelt, ebenso wurde Frithjof Bastian als Schatzmeister bestätigt.

Weiterhin wurden in den Kreisvorstand gewählt: Kerstin Labenz, Birgit Mathies, Ismail Al-Kayed, Alexander Klotzovski, Peter Mattigk und Klaus-Peter Wunderling. Damit hat sich der Vorstand deutlich verjüngt. Ein Problem ist jedoch, dass die Quotierung nicht eingehalten werden konnte. Zu wenig Frauen waren bereit, in den Vorstand zu gehen. Hier sollen sobald wie möglich die drei freigeblichen Plätze nachgewählt werden.

Als eine der wichtigsten Herausforderungen für den neuen Kreisvorstand wurde das Wahljahr 2019 auf der Versammlung hervorgehoben. Um DIE LINKE hier gut aufzustellen sollen vor allem für die Kommunalpolitik Ideen und Projekte entwickelt werden. Hierzu verabschiedeten die 104 anwesenden Mitglieder einen Fahrplan, der unter anderem beinhaltet, in einem Workshop gemeinsam mit Interessierten und MandatsträgerInnen die kommunalpolitischen Schwerpunkte heraus zu arbeiten und mit konkreten Vorschlägen zu unterstützen. Der Kreisverband möchte frühzeitig mit der Öffentlichkeitsarbeit zu den Themenschwerpunkten beginnen, um eine breite Wirkung zu erzielen und die Themen schon vor der heißen Wahlkampfphase in die öffentliche Debatte zu bringen. Eines der Schwerpunktthemen wird die Frage der Mobilität und des öffentlichen Nahverkehrs sein, zu dem ein eigener Antrag zur Abstimmung kam.

Auch die internationale Ebene wurde auf der Gesamtmitgliederversammlung angesprochen. Der

Krieg der Türkei in Afrin beschäftigte viele, auch weil die Bundesregierung durch ihre Waffenlieferungen an die türkische Regierung beteiligt ist. Von der Angst um die weitere Entwicklung in Syrien und dem Elend des Krieges sprachen syrische Flüchtlinge, die zur Versammlung eingeladen worden. Sie leben seit einigen Jahren im Landkreis und machen sich Sorgen um die Angehörigen, die noch in Afrin leben. Mit einer Fotoaktion und einer Spendensammlung zeigte DIE LINKE Oder-Spree Solidarität. Insgesamt 560 Euro wurden unter den Mitgliedern gesammelt, um diese der Afrin-Nothilfe-Aktion von medico international zur Verfügung zu stellen. (siehe auf Seite 8 Foto und Rede von Ahmad Mohamad)

Um das Thema Frieden auch an anderer Stelle sichtbar zu machen, wurde ein Aufruf zur Beteiligung am Ostermarsch in Frankfurt (Oder) am 1. April verabschiedet.

*Julia Wiedemann und
Christopher Voß,*

Vorsitzende DIE LINKE Oder-Spree

Auf der Gesamtmitgliederversammlung wurden mehrheitlich folgende Beschlüsse gefasst:

- Vorbereitung der Kommunalwahlen 2019
- Solidaritätserklärung mit der Bevölkerung in Afrin
- Aufruf zur Teilnahme am Ostermarsch in Frankfurt (Oder)
- Mobilität im Landkreis Oder-Spree

Alle Beschlüsse sind auf der Internetseite des Kreisverbandes www.dielinke-oder-spree.de unter Politik/Aktuell im Beitrag „Mit neuem Vorstand ins Wahljahr 2019“ veröffentlicht



v.l.n.r.: Peter Mattigk, Klaus-Peter Wunderling, Christopher Voß, Birgit Mathies, Rita-Sybille Heinrich, Julia Wiedemann, Frithjof Bastian, Uwe Tippelt, Jörg Mernitz, Alexander Klotzovski und Kerstin Labenz, Foto: DIE LINKE

WAHLERGEBNISSE DIE LINKE ODER-SPREE

Vorstand

Vorsitzende: Christopher Voß, Fürstenwalde
Julia Wiedemann, Woltersdorf

stellvertretende Vorsitzende:

Rita-Sybille Heinrich, Erkner
Dr. Jörg Mernitz, Eisenhüttenstadt

Kreisschatzmeister: Frithjof Bastian, Fürstenwalde

Kreisgeschäftsführer: Uwe Tippelt, Storkow

Mitglieder:

Ismail Al Kayed, Fürstenwalde
Alexander Klotzovski, Eisenhüttenstadt
Kerstin Labenz, Müllrose
Birgit Mathies, Fürstenwalde
Peter Martin Mattigk, Bad Saarow
Klaus-Peter Wunderling, Bad Saarow

Finanzrevisionskommission

Friedrich Hrdina, Bad Saarow
Petra Jänicke, Neu Zittau

Mitglieder des Landesausschusses

Peter Engert, Fürstenwalde
Gabriele Krasert, Eisenhüttenstadt
Stellvertreterin: Rita-Sybille Heinrich, Erkner

■ Bericht der Fraktion DIE LINKE im Kreistag Oder-Spree (Auszüge)

Wir haben zu den Kreisparteitagen stets ausführlich über unsere Arbeit berichtet. Diese Berichte wurden im Widerspruch veröffentlicht. Dafür meinen ausdrücklichen Dank an die Redaktion. Die Mitglieder unseres Kreisverbandes konnten sich so über unsere Arbeit kontinuierlich informieren. Das soll auch so bleiben. Der Ansatz kann nur lauten: Nicht weniger, aber noch besser.

Seit der Wahl von Rolf Lindemann zum Landrat gibt es eine spürbare Veränderung des politischen Klimas. Das wurde bei der Wahl von Gundula Teltewskaja aus Schöneiche zur Beigeordneten ebenso sichtbar wie bei der Behandlung unseres Antrages zur hauptamtlichen Fraktionsgeschäftsführung.

Die Vielzahl der Sach- und Themengebiete ist in ehrenamtlicher Arbeit nicht zu stemmen. Daher heißt es im Beschluss des Landtages zum Stopp der Kommunalreform: „Die Kreistagsfraktionen sollen die Möglichkeit erhalten, mittels hauptamtlicher Mitarbeiter die Kreistagsabgeordneten besser zu unterstützen.“ Während der Diskussionen um die Kommunalreform gab es im Kreistag dazu einen breiten Konsens. Jetzt aber funktionierten die alten Beißreflexe wieder. DIE LINKE stellt einen Antrag. CDU und SPD sind sich in der Ablehnung einig.

Wenn der Landrat dennoch unseren Vorschlag unterstützte, so hat das meine Hochachtung. Wir haben allen Grund bei sachlicher Arbeit zu bleiben und uns nicht auf billige Polemik und Rechthaberei einzulassen.

Am Dienstag (27. Februar) wird sich die Fraktion mit der Integration der Menschen befassen, die in unserem Landkreis Aufnahme gefunden haben. In den Vorgesprächen kam die Rede immer wieder auf die fehlenden bezahlbaren Wohnungen. Die fehlen nicht nur, aber eben auch für die Unterbringung dieser Menschen. Und wir dürfen nicht zulassen, dass die Konkurrenz um bezahlbare Wohnungen Fremdenfeindlichkeit befeuert.

Drei Anmerkungen zur Kommunalreform

1. Wir haben frühzeitig auf die drohende Umverteilung der Soziallasten von den kreisfreien Städten auf die Landkreise aufmerksam gemacht. Dieses Problem wurde nie behoben. Daran – und nicht an einer Verdummungskampagne der CDU – ist diese Reform zu einem wesentlichen Teil gescheitert.

2. Nach der Absage der Kreisgebietsreform werden die Stadt Frankfurt (Oder) und der Landkreis Oder-Spree ihre Zusammenarbeit für das Wohl der Menschen am östlichen Rand Brandenburgs weiter zu entwickeln haben. Solange der Bund bei den Sozialausgaben nichts ändert, ist das Land in seiner Gesamtheit zu einem Finanzausgleich für die kreisfreien Städte gefordert. In diesem Rahmen wird sich dann auch der Landkreis Oder-Spree solidarisch zu zeigen haben.

3. Von allen Beteiligten wurde mindestens eingestanden, dass die demokratische Teilhabe an den kommunalen Entscheidungsprozessen gestärkt werden muss. Für uns sieht das so aus: Am 10. Januar berichtete die ARD-Sendung „plus-minus“, dass das Landratsamt des Landkreises Oder-Spree dem Versuch eines Landwirts aus Grünheide im Wege stünde, seinen Betrieb gegen die Bodenspekulation zu verteidigen. Er will seine Existenz bewahren und das Land selbst kaufen, dass an einen „Finanzinvestor“ gehen soll.

Es galt also, sich kundig zu machen. Was ist da tatsächlich passiert? Stimmen die Fakten und was kann getan werden? Handelt das Landratsamt hier in kommunaler Selbstverantwortung oder als untere Landesbehörde?

Das Hauptproblem ist allerdings nicht der bürokratische Wirrwarr, sondern die Bodenspekulation, das sogenannte „Land grabbing“. Das trieb die Preise in den letzten Jahren in so schwindelnde Höhen, dass sie durch landwirtschaftliche Produktion nicht mehr zu erwirtschaften sind. Deshalb haben Mitglieder der Fraktion einen Antrag an den Landesparteitag gerichtet. Der sollte die Landtagsfraktion auffordern, geeignete Gesetzesinitiativen für die Begrenzung der Preis-

treiberei zu ergreifen. Gedacht ist unter anderem an eine Regelung ähnlich der für die Kommunen, die bei Ausübung ihres Vorkaufsrechts den Preis auf den Verkehrswert begrenzen dürfen. Ein ähnliches Verfahren würde den Landwirten sehr helfen. Ich hoffe, dass die Delegierten aus unserem Kreis in diesem Sinne auf dem Landesparteitag aktiv werden.

Die Fraktion hat sich im Januar mit der Arbeit der von uns berufenen „Sachkundigen“ in den Ausschüssen des Kreistages beschäftigt. Wir Abgeordnete haben alle Hochachtung vor denen, die ehrenamtlich engagiert linke Kommunalpolitik machen. Es ist aber ein Problem, wenn diese Arbeit auf zu wenigen Schultern lastet. Von einem bestimmten Punkt an ist es schließlich unwichtig, warum Arbeit unerledigt bleibt. So mussten wir mehrere von uns berufene Sachkundige aus den Ausschüssen des Kreistages abberufen, weil sie im Jahre 2017 an keiner Beratung teilnahmen. Da war neben der Überlastung, der sich Berufstätige bei der parallelen Ausübung kommunaler Ehrenämter gegenüber sehen, auch die Unterschätzung der mit der Aufgabe verbundenen Arbeit im Spiel. Dafür habe ich Verständnis, aber dieses Verständnis erledigt die Arbeit nicht.

Kein Verständnis kann ich allerdings haben, wenn sich fehlende Präsenz in der Ausschussarbeit im Kreistag mit Wünschen verbindet, weitere Sitze zu übernehmen. Aber auch das gibt es.

Wir haben also allen Grund, auch mit der personellen Vorbereitung der im nächsten Jahr anstehenden Wahlen zu beginnen. Zunächst bieten sich dafür die gegenwärtig offenen Sitze für Sachkundige in den Ausschüssen für Haushalt und Finanzen, für Soziales und Gesundheit sowie für Bauen, Umwelt und Verkehr an. Auch die Arbeitsgruppen für die Entwicklung des ländlichen Raumes und eines Mobilitätskonzeptes für den Landkreis brauchen linke Mitwirkung.

Also lasst uns nicht nach dem Genossen „man“, oder der Genossin „frau“ rufen, die „müssten kommen“, sondern wir fangen gemeinsam an.



von
Dr. Artur Pech,
Schöneiche,
Vorsitzender der
Fraktion DIE LINKE
im Kreistag Oder-
Spree

■ Ahmad Mohamad dankt für Solidarität und Hilfe

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer an dieser Parteiversammlung der LINKEN,

es freut mich sehr, heute vor Ihnen zu reden, um Ihnen die Hilferufe und das Leiden tausender Kinder und Frauen, die täglich unter der barbarischen Bombardierung der türkischen Armee und ihre Söldner leiden, zu übermitteln.

Im Januar 2018 startete die Türkei eine Militäroffensive in der Region Afrin im Nordwesten von Syrien, die mehrheitlich von Kurden bewohnt wird. Seitdem wird Afrin ständig mit tödlichen Waffen bom-

bardiert. Dieser Angriff breitet sich auf hunderte besiedelte Dörfer und Städte aus, wodurch die Einwohner ihre Häuser in die Grotten verlassen haben, um ihre Kinder und sich vor dem Tod zu retten. Zudem wurden dutzende Schulen sowie öffentliche Einrichtungen zerstört.

Wie die Berichte aus Afrin verlauten, wurden hunderte Wohngebäude und Geschäfte zerstört. Mehrere Arztpraxis-Gemeinschaften sind wegen des Beschusses außer Betrieb. Betrüblerische zeigen die eingehenden Nachrichten, dass die Krankenhäuser überfüllt sind, sie Mangel an Medikamenten und medizinischen Materialien haben. Wobei 1200 Menschen seit Beginn der Militäroffensive getötet und hunderte verwundet wurden.

Nach Erdogans Aussagen dient der bewaffnete Angriff auf Afrin der Bekämpfung des Terrors, aber alle wissen, dass diese falschen Behauptungen der Wirklichkeit überhaupt nicht entsprechen. Alle wissen auch, dass der Terrorkalif Erdogan heißt. Warum? Weil er es ist, der die ISIS mit verschiedenen Waffen und Geld versorgt und seine Grenzübergänge zum Handel

mit ISIS geöffnet hat. Ja, Erdogan ist es, der immer davon träumt, das osmanische Reich durch die Ausnutzung des Islams und die Unterstützung der radikalen Gruppen zu wiederholen.

Die Kurden haben in Vertretung der Welt gegen den Terror in Syrien und dem Irak gekämpft. Dafür haben sie tausende ihrer Jungen geopfert, damit die Menschheit in Frieden und Sicherheit leben könnte. Am Ende wurden wir damit belohnt, unsere Kinder und Männer öffentlich zu töten und vor den Augen der Welt in unsere Städte einzumarschieren, ohne einen Finger dagegen zu bewegen.

Deswegen verlangen wir noch einmal von allen Staaten, sich zu bemühen, diesen Angriff schnell zu stoppen.

Wir rufen auch das deutsche Volk auf, das edle Werte besitzt und eine bewegte Geschichte hat, mit Toleranz uns zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang bedanke ich mich im Namen der kurdischen Gemeinschaft in Fürstenwalde bei allen Mitgliedern der Partei DIE LINKE für ihre Solidarität und ihre Hilfe.



Für oder gegen mehr Zuwanderung?

Vor zwei Monaten wurde ich gefragt: Bist Du für oder gegen mehr Zuwanderung? Ich habe geantwortet: Die Frage ist falsch gestellt.

Ich bin dafür, dass Menschen nicht durch Kriege und existenzielle Not aus ihrer Heimat vertrieben werden. Die heutigen Kriege und unsagbare Not sind die Folge einer Politik die darauf zielt, diese Welt im Interesse von Maximalprofiten auszuplündern.

Und ich bin dagegen, dass obendrein die so hervorgerufenen Migrationsbewegungen dafür genutzt werden, die Lohnabhängigen hierzulande durch Billiglöhner unter Druck zu setzen.

Dazu schrieb jüngst Harald Thomé, hunderte Millionen Euro „werden jedes Jahr im SGB II und SGB XII nicht als Unterkunftskosten (anerkannt) ... Millionen an Wohnungen fehlen, das bedeutet aber nicht, es wird ein „Sofortprogramm Sozialer Wohnungsbau“ aufgelegt, damit in ein, zwei Jahren der Markt entlastet werden kann. Stattdessen müssen immer mehr Menschen aus ihren „gra-

de noch verfassungskonformen“ Regelbedarfen zur Miete zuzahlen ... Diese verantwortungslose Politik führt wesentlich zu einer Spaltung in der Gesellschaft und ist der Nährboden für das Aufkommen von rassistischen Bewegungen und Parteien.“ (*www.harald-thome.de / Thomé Newsletter 6/2018 vom 11. Februar 2018*)

Wer den Widerspruch bezieht, sollte in den letzten Wochen die zweite Auflage unserer Broschüre zur Oder-Neiße-Grenze erhalten haben. Denn hier in der Region, an der Grenze zu Polen, gibt es spezielle Erfahrungen, wie selbst gut gemeinte Grenzöffnungen, die wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge vernachlässigen, auch Fremdenfeindlichkeit befeuern. Freundlich ausgedrückt führte die Grenzöffnung zwischen der DDR und Polen Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts zu Versorgungslücken in der DDR. Auch wenn das Jüngeren nicht bewusst sein sollte: Der Streit zwischen der Verkäuferin und den Reisenden, deren Kaufwünsche abgewiesen wurden, hat bei den zusehenden einheimischen Käufern

Spuren hinterlassen, wenn die dann selbst vor leeren Regalen standen. Das hat tatsächlich Fremdenfeindlichkeit erzeugt.

Damals ging es buchstäblich um die Wurst. Heute geht es um den Arbeitsplatz und um die Wohnung, um die vom Acker verschwindenden Maschinen und die von der Weide entwendete Herde. Daraus erwachsende Ängste sind eben nicht die Folge von Hirngespinnsten und Hetze. Sie sind die Folge ganz realer Probleme und von deren Instrumentalisierung. Diese Probleme sind nicht von den Hetzern vom rechten Rand gemacht. Die nutzen sie nur aus.

Gemacht werden Sie von einer dem Maximalprofit dienenden Politik, die bisher unabhängig von ihrer politischen Farbenlehre noch alle Bundesregierungen betrieben.

Wenn ihr also in euren Basisorganisationen oder Gemeinden die damit verbundenen Probleme diskutieren wollt, bin ich gerne dazu bereit, zu kommen.

Dr. Artur Pech, Schöneiche
E-Mail-Kontakt: artur.pech@dr-pech.de

Frauen und Film

Kultur der gepflegten Ungleichheit

In Demokratien bekennt sich verbal jeder zur Gleichstellung. So heißt es im Grundgesetz: „Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ (Art. 3 Abs. 2 GG) Doch die praktische Umsetzung hinkt dem hinterher. Es ist keineswegs selbstverständlich, dass Frauen die gleichen Chancen haben wie Männer. Medien und insbesondere das Genre Film könnten hier einen wichtigen Beitrag leisten. Doch tun sie das?

Es geht um einen Kulturwandel

Medien- und Meinungsfreiheit sind unverzichtbare Eckpfeiler der Demokratie. Doch was ist, wenn Medien hauptsächlich von Männern gemacht werden und dadurch Männeransichten (über Frauen) dominieren? Jeder kann das selbst überprüfen und sich beim nächsten Filmabend die Fragen stellen: Wie viele Frauen kommen vor? Haben sie einen Namen und Beruf? Unterhalten sie sich auch über etwas anderes außer über Männer? Diese und ähnliche Fragen stellt der Bechdel-Test, um die Präsenz von Frauen im Film weltweit zu analysieren. In Deutschland bestehen nur knapp 14 Prozent der Filme diesen Test.

Wer die stereotypen Bilder verändern und damit die Gleichberechtigung praktisch umsetzen möchte, kommt an einem fairen Geschlechterverhältnis in der Film- und TV-Produktion nicht vorbei. Es geht um ei-

nen Kulturwandel, der Geschichten und Perspektiven von Frauen in ihrer Vielfalt sichtbar machen soll. Dies gelingt nur, wenn die Vergabe von Aufträgen und Fördermitteln ausgewogen ist sowie Frauen und Männer zu gleichen Teilen an der Herstellung von Film- und Medieninhalten beteiligt sind.

Ungleiche Filmförderung

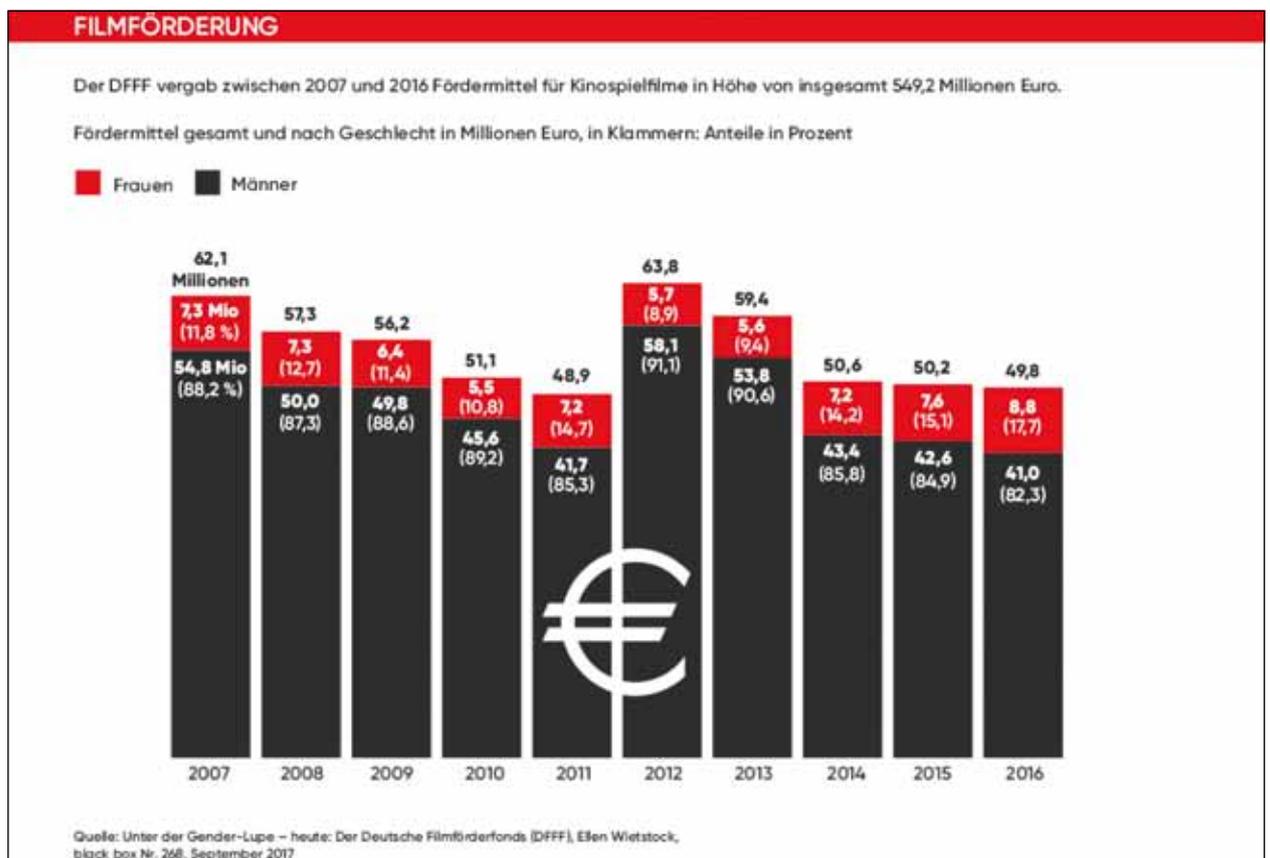
Die Kommunikationswissenschaftlerin Elizabeth Prommer vom Institut für Medienforschung der Universität Rostock hat in der kürzlich publizierten Studie zu Filmfördermitteln im Jahr 2016 herausgestellt, dass Regisseurinnen die Gelder deutlich effizienter eingesetzt haben als männliche Kollegen. Eine Regisseurin benötigt der Studie zufolge durchschnittlich 13 Euro Fördermittel. Das ist knapp ein Drittel gegenüber dem, was ein männlicher Regisseur an Förderung braucht. Ähnliches gilt für Produktionen, bei denen Produzentinnen durchschnittlich 17 Euro einsetzen, ihre männlichen Kollegen hingegen 42 Euro. Noch gravierender stellt die Studie heraus: 2016 wur-

den nur 22 Prozent weibliche Regiearbeiten gefördert und das mit weniger als einem Fünftel der Gesamtfördersumme! Das Ungleichgewicht hat auch Auswirkungen auf die Darstellung von Frauen im Film. Denn weibliche Filmschaffende geben Frauen mehr Sichtbarkeit, und zwar auch dann, wenn sie älter als 30 Jahre sind. Bei Regisseurinnen sind fast doppelt so viele Frauen auf der Leinwand zu sehen als bei männlichen Kollegen.

Um Mitbestimmung von Frauen zu fördern, ist es wichtig, dass auch weibliche Geschichten in der Film- und Medienbranche präsent sind und vor allem nicht nur durch männliche Augen gezeigt werden. Gleichstellung in der Film- und Medienbranche bedeutet also: Gleichstellung bei der Besetzung von Spitzenpositionen, bei der Förderung und in den Vergabegremien. Eine feste Quote bei der Besetzung von Führungspositionen öffentlich geförderter Institutionen und Projekte wäre ein erster Schritt, um das Missverhältnis im Kulturbetrieb aufzulösen.



von
Franziska Schneider,
 Basisorganisation
 Erkner



Quelle: <http://proquote-film.de/#/status-quote/fakten/object=page:57>

Zusammengestellt von Franziska Schneider, Erkner

Nachrichten der Linksfraktion im Landtag

■ Klausurtagung in Frankfurt (Oder) – Gemeinden als Anker in der Fläche stärken

DIE LINKE Landtagsfraktion ist vom 14. bis 16. Februar in Frankfurt (Oder) zu ihrer jährlichen Frühjahrsklausur zusammengekommen. Drei Tage lang wurde über die Lage in Brandenburg diskutiert

und die politische Arbeit für das Jahr 2018 vorbereitet. Nach einer Debatte über die bundespolitische Situation stellte Finanzminister Christian Görke (DIE LINKE) die laufende Planung für den Doppelhaushalt 2019/20 vor.

Ralf Christoffers erklärte: „Brandenburgs Landesentwicklungsplan liegt derzeit in einer zweiten Stufe zur öffentlichen Beteiligung und Überarbeitung aus. Er wird Anfang nächsten Jahres gemeinsam mit Berlin entschieden werden. Bereits im ersten Entwurf war die Ausweisung grundfunktionaler Zentren im ländlichen Raum enthalten. Mit diesen Zentren wird sichergestellt, dass öffentliche Daseinsvorsorge in der Fläche des Landes gewährleistet wird. Die Fraktion DIE LINKE hat

bereits im November 2017 deutlich gemacht, dass diese Orte als Anker in der Fläche notwendig sind und dafür mehr Geld brauchen. Sie werden deshalb 100 000 Euro pro Jahr erhalten. Das soll im neuen Finanzausgleichsgesetz berücksichtigt werden, über das Mitte 2018 entschieden wird.“

Die Abgeordneten der Fraktion waren in der Region unterwegs, besuchten unter anderem das Jobcenter und die Polizei, das Studierendenwerk und die Abwasser-Gesellschaft. Am Donnerstagnachmittag wurde die Klausur für einige Stunden unterbrochen, um den Abgeordneten und Mitarbeitern die Teilnahme an der gemeinsamen Demonstration „Cottbus bekennt Farbe“ zu ermöglichen.



Foto: Fraktion DIE LINKE im Landtag Brb.

Auf der Demonstration „Cottbus bekennt Farbe“

NACHRICHT

Sozialstaatsversprechen bleibt Kern LINKER Politik

Die auf der Fraktionsklausur vorgenommene Analyse hat gezeigt: Vor uns liegen weitere ökonomische, soziale, auch kulturelle und politische Umbrüche; deren Vielfalt und Dynamik werden sich verstärken. Vor dem Wandel werden wir nicht die Augen verschließen, sondern ihn gestalten, ihm sozial eine Richtung und ein Gerüst zur Sicherheit für die Menschen geben – das ist unser Anspruch an Politik. Wir stehen zu unserem Sozialstaatsversprechen – es bleibt Kern LINKER Politik.

Das bedeutet u. a.:

1. Auf Bundesebene zeichnet sich die Bildung einer erneuten Koalition aus Unionsparteien und SPD ab. Der Entwurf der GroKo-Koalitionsvereinbarung ist mit vielerlei Problemen und Herausforderungen für unsere Landespolitik verbunden. Zentral sind folgende Handlungsbedarfe:

Der Vertrag sieht mehr als ein Dutzend Kommissionen, Arbeitsgruppen etc. vor – erst wenn deren Ergebnisse vorliegen, wird klar und berechenbar, in welche Richtung die Bundespolitik konkret gehen wird. Wir werden uns in diese auch gesellschaftlichen Klärungsprozesse einbringen:

- Wo es um gleichwertige Lebensbedingungen geht, werden wir die Bedürfnisse Brandenburgs artikulieren, die LINKEN-Vorschläge für eine bundesweite Regional- und Strukturpolitik einbringen und den Aktionsplan Ost aufrufen.
- Sinngemäß gilt das für die Energiewende. Die hier zu erwartenden bundespolitischen Ergebnisse sind eine zentrale Voraussetzung dafür, eine ambitionierte Energiepolitik in den Ländern zu konzipieren.
- Gemeinsam mit den Ländern sollen eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und Schritte gegangen werden, die Kultur und Kulturrichtungen in Stadt und Land, darunter insbesondere in Ostdeutschland stärken und stabilisieren. Brandenburg wird hier ein engagierter Verhandlungspartner sein. In allen Bereichen brauchen wir schnellstmöglich Klarheit über die vom Bund vollständig bzw. unter Kofinanzierungs-Vorbehalt bereitgestellten finanziellen Mittel.
- Um Armut in Deutschland zu vermindern und schließlich zu überwinden, muss deutlich mehr geschehen, als der Koalitionsvertrag von Union und SPD vorsieht. Hartz IV bleibt Armut per Gesetz. Gegen Altersarmut gibt es kei-

ne wirklich durchgreifende Vorsorge – ein Rentenniveau von 48 Prozent auch für Geringverdiener, eine Grundrente von 10 Prozent über Grundsicherungsbedarf und weiter anhaltende Benachteiligungen im Osten wie etwa für in der DDR geschiedene Frauen machen das deutlich. Angesichts dessen erklären wir: Alle vom Land selbst bzw. mit Landesmitteln kofinanzierten Leistungen werden weitergeführt.

• Im Bereich der Pflege werden wir unserem eingeschlagenen Weg weiter folgen und unsere Pflegeoffensive ausweiten und Ausbildung in diesem Bereich unterstützen. Beratung und Betreuung von Betroffenen werden ausgebaut.

2. Erste Ableitungen für den Einstieg in die parlamentarischen Beratungen des Doppelhaushalts 2019/20:

- Wir streben an, den mit dem Nachtragshaushalt gestarteten Investitionshochlauf bei Wohnungsbau, Bildung, ÖPNV, Feuerwehr und Krankenhausfinanzierung zu stabilisieren und sicherzustellen. Den Krankenhäusern gilt dabei besondere Aufmerksamkeit.
- Beim kommunalen Finanzausgleichsgesetz (FAG) werden wir neben einer Erhöhung der Ver-

bundmasse die Finanzausstattung der grundfunktionalen Zentren einarbeiten.

• Wir sichern schrittweise eine zukunftsfähige Personalausstattung im Öffentlichen Dienst, um Verfahrens- und Entscheidungsabläufe zu verkürzen und soziale und investive Entscheidungen zu beschleunigen

• Die Lohnuntergrenze öffentliche Aufträge muss angehoben werden.

• Das Landesintegrationskonzept wird finanziell abgesichert.

• Der mit dem Bund vereinbarte Breitbandausbau in den Landkreisen muss umgesetzt werden.

• Die Aufwendungen für Digitalisierung sind zu verstetigen.

• Die Forstreform wird abgeschlossen - bei Sicherung des Einstellungskorridors und der öffentlichen Aufgabendefinitionen.

• Der Nahverkehrsplan, über den Mitte des Jahres entschieden wird, ist finanziell abzusichern. Die entfallenden Entflechtungsmittel werden vollständig durch Landesmittel ersetzt.

• Ein neuer Hochschulpakt ist abzuschließen, der kontinuierliche Entwicklung in diesem Bereich sicherstellt.

■ Pflegekräfte haben Recht auf Tarifvertrag

Die Mitarbeiter des DRK-Kreisverbandes Forst Spree-Neiße kämpfen gegenwärtig um einen Tarifvertrag und um bessere Arbeitsbedingungen. Mit einem Warnstreik hatten sie im Januar ihren Forderungen Nachdruck verliehen.

Mitglieder des Betriebsrates und Verdi-Verhandlungsführer Ralf Franke waren am 1. Februar im Landtag zu Gast. Sie verfolgten die Debatte zur Aktuellen Stunde „Fairer und angemessene Kostenverteilung in der Pflege erreichen“ und stimmten der gesundheitspolitischen Sprecherin Bettina Fortunato zu, die eine finanziell bessere Ausstattung der Pflegeversicherung forderte. Sie solidarisierte sich in ihrer Rede mit dem Arbeitskampf der Pflegekräfte und forderte den DRK-Kreisverband Forst Spree-Neiße e. V. auf, endlich nachzuziehen und wie der Nachbarverband Cottbus die Tarifverhandlungen aufzunehmen.

Im Gespräch mit Abgeordneten der Linksfraktion berichteten die Betriebsratsmitglieder über die Situation in der Pflege und den an-

stehenden Arbeitskampf. „Wir unterstützen die Forderungen der Mitarbeiter nach einem Tarifvertrag“, so die Wahlkreisabgeordnete Anke Schwarzenberg, die sich bislang vergeblich um einen Gesprächstermin mit der DRK-Geschäftsführung bemüht hatte. Sie warf der Geschäftsführung vor, in der Öffentlichkeit Pflegebedürftige und Pflegekräfte gegeneinander auszuspielen. Mit Blick auf angebotene Streikbrecher-Prämien sagte sie, dass die Gelder für eine höhere Entlohnung besser eingesetzt wären.

Andreas Bernig, gewerkschaftspolitischer Sprecher ergänzt: „Wer Kostensteigerungen für Heimbewohner mit einem Tarifabschluss für die Mitarbeiter begründet, obwohl er noch nicht einmal am Verhandlungstisch Platz genommen hat, spielt mit gezinkten Karten.“



■ Gemeinsames Mobilitätsticket mit Berlin voranbringen

Die verkehrspolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, Anita Tack, setzt sich für ein gemeinsames Mobilitätsticket mit dem Land Berlin ein: „Zukunftsfähige Mobilität spielt für die Öffentlichkeit in der Region eine große Rolle“, so Tack. Auch die Landesarmutskonferenz Brandenburg habe sich im Herbst für sozial gerechte Mobilität ausgesprochen, und bereits im Koalitionsvertrag von 2014 ist ein gemeinsames Ticket mit Berlin vorgesehen.

„In einem Flächenland wie Brandenburg ist es besonders wichtig, dass die Menschen mobil sind. Deshalb wollen wir unser Mobilitätsticket auf Berlin ausweiten“, sagte Tack. „Die Bedürfnisse ändern sich, Mobilität muss in der ganzen Hauptstadtregion gewährleistet bleiben.“ Dank des rot-rot-grünen Senats habe sich die Zusammenarbeit mit Berlin seit 2016 verbessert; nun sei es an der Zeit, das gemeinsame Sozialticket auf den Weg zu bringen. Bei der Überprüfung der

VBB-Tarife sollte diese Aufgabe Priorität haben.

Zum Hintergrund: Anita Tack hatte bereits im Januar eine parlamentarische Anfrage zum Sozial- bzw. Mobilitätsticket gestellt (DS 6/7939). Bezugnehmend auf die Antwort der Landesregierung hat sie jetzt noch einmal nachgefragt, um den Prozess zu unterstützen und transparent zu gestalten (DS 6/8185).

■ Paradigmenwechsel in der Kindertagesbetreuung

Am 20. Februar hat das Brandenburgische Landeskabineett seinen Entwurf zum Elternbeitrags-Befreiungs-Einstiegsgesetz beschlossen. Damit wird ab August 2018 die Kindertagesbetreuung – beginnend mit dem letzten Jahr vor der Einschulung – für die Eltern beitragsfrei gestaltet. Dem Einstieg in die Beitragsfreiheit in Brandenburg waren wesentliche Schritte

zur Verbesserung der KITA-Qualität vorausgegangen. Die kinder- und jugendpolitische Sprecherin der LINKEN im Landtag, Gerrit Große, erklärte: „Dies ist ein erster Schritt dahin, Eltern zu entlasten und Ihnen neue finanzielle Spielräume für die Bildung und das gesunde Aufwachsen ihrer Kinder zu ermöglichen. Kindertagesstätten werden damit Schulen und Hoch-

schulen als Bildungseinrichtungen gleichgestellt. Dem Recht von Kindern auf Bildung von Anfang an wird mit diesem Gesetz entsprochen. Damit werden die Bildungsbedingungen in der Region Berlin-Brandenburg einander zunehmend angeglichen. In Berlin gibt es die komplette Beitragsfreistellung seit zwei Jahren.“

Aus den Basisorganisationen der LINKEN

■ Schöneiche bei Berlin

Auf zum Endspurt

DIE LINKE zieht Bilanz und setzt Schwerpunkte für den Rest der Wahlperiode.

*Bei einer Klausurberatung am 6. Januar zogen Mitglieder und parteilose Unterstützer*innen der LINKEN in Schöneiche Bilanz über die bisherige Arbeit seit der Kommunalwahl im Jahr 2014 und legten ihre Schwerpunkte für den Rest der kommunalen Wahlperiode (bis Frühjahr 2019) fest. (hier Auszüge)*

Jahresfeier der LINKEN Schöneiche

Landtagsabgeordneter Dr. Volkmar Schöneburg stellt medienpolitische Prioritäten vor



Zur Jahresfeier von DIE LINKE Schöneiche bei Berlin stellte am 27. Januar der Landtagsabgeordnete Volkmar Schöneburg die Schwerpunkte seiner medienpolitischen Arbeit im Landtag Brandenburg vor. Als medienpolitischer Sprecher seiner Fraktion ist er Mitglied im Rundfunkrat des rbb und setzt sich dort insbesondere für die Belange der Freienvertretung, also dem Bündnis aller freien Mitarbeiter im rbb, ein. Zudem ist Schöneburg um die lokale Medienvielfalt bemüht. Zwei fraktionsübergreifende Anträge zur Förderung von Lokal TV und nichtkommerziellen Lokalfunk (Bürgerradio) sollen in den nachrichtenschwachen Teilen des Landes dazu beitragen, lokaljournalistische Inhalte zu fördern.

... Für den Endspurt der Wahlperiode nimmt sich DIE LINKE nochmal einiges vor. In sechs Arbeitsbereichen sollen begonnene Projekte fortgeführt und neue Initiativen in Angriff genommen werden.

1. Soziales, Kultur und Sport

- Beschäftigung mit Kinder- und Altersarmut in unserer Region
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Überprüfung der Öffnungszeiten in der Gemeindebibliothek
- Zügige Planung weiterer Sportflächen auf der Grundlage des INOEK

2. Klima- und Umweltschutz

- Demokratische Organisation der Energienetze (kommunal oder kollektiv-gemeinnützig)
- Bau des Umweltbildungshauses „Grüne Wabe“ im Kleinen Spreewaldpark
- Renaturierung von Gewässern

3. Längeres gemeinsames Lernen

- Gesamtschule mit gymnasialer Oberstufe sowie Errichtung eines Schulzentrums von Einschulung bis Abitur in gemeindlichen Schulentwicklungsplan aufnehmen
- Standortwahl für weiterführende Schule unter diesem sowie Aspekten der Ortsentwicklung, Verkehrsanbindung, Umweltschutz

4. Bezahlbares Wohnen

- Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft als Eigenbetrieb
- Entwicklung eines Baulandmodells als Grundlage für bezahlbaren Wohnraum
- Beschleunigung des kommunalen Wohnungsbaus und Berücksichtigung der Bedarfe bestimmter Zielgruppen (Azubis/Studierende, Senior*innen, Menschen mit Behinderung, kinderreiche Familien)

5. Verwaltung und Mitbestimmung

- Leitlinien zur Einwohnerbeteiligung
- Digitalisierung der Verwaltung
- Intensivere Verwaltungskooperation mit den Mittelbereichsgemeinden Woltersdorf und Erkner
- Frühzeitige Beteiligung der Einwohnerschaft bei Gestaltung/Beplanung öffentlicher Flächen
- Soziale und ökologische Kriterien und bessere Beteiligung der Gemeindevertretung bei öffentlichen Ausschreibungen

6. Mobilität und Verkehr

- Verbesserung und Ausbau des ÖPNV sowie der Radverkehrsinfrastruktur
- Bessere Vernetzung verschiedener Verkehrsträger mit Fokus auf den Umweltverbund

■ Grünheide (Mark)

DIE LINKE bestätigt Ortsvorstand

Auf ihrer Mitgliederversammlung am 2. Februar 2018 in Hangelsberg wählten die Mitglieder der Basisorganisation der Gemeinde Grünheide turnusmäßig ihren Ortsvorstand. Tobias Thieme wurde in seiner Funktion als Vorsitzender wiedergewählt, Daniel Geithe als sein Stellvertreter und Uwe Zander als Beisitzer und Verantwortlich

für Finanzen und Öffentlichkeitsarbeit. Erstmals seit Antreten des Vorstandes in dieser Konstellation im Januar 2010 wurde er einstimmig im Amt bestätigt.

Ziel sei es nun vorrangig das aktuelle Thema Landraub durch Großinvestoren aktiv anzugehen. Die Werbung von Kandidatinnen und Kandidaten für die Kommu-

nalwahlen 2019 und die erfolgreiche Vorbereitung des Wahlkampfes, um das gute Ergebnis von 2014 wieder zu erreichen.

*Tobias Thieme,
Vorsitzender DIE LINKE in der Gemeinde Grünheide (Mark)*

Aus den Fraktionen der LINKEN

■ Fraktion DIE LINKE in der Gemeindevertretung Grünheide Öffentliche Breitbandversorgung auch in Spreewerder und Mönchwinkel

Die Fraktion DIE LINKE erhält Zustimmung der Gemeindevvertretung für öffentliches W-LAN in Gebäuden in Trägerschaft der Gemeinde.

Mit dem Beschluss 38/02/15 der Gemeindevertretung Grünheide (Mark) wurde auf Antrag der Fraktion DIE LINKE ein einstimmiger Beschluss herbeigeführt, der nach einer durch die Verwaltung vorzulegenden Machbarkeitsstudie, die schrittweise Ausstattung mit öf-

fentlich zugänglichem W-LAN in allen öffentlichen Gebäuden in Trägerschaft der Gemeinde Grünheide (Mark) zum Ziel hat. Selbst die Verwaltung sah hier die Notwendigkeit, so dass auch der Bürgermeister dem Beschlussvorschlag zustimmen konnte.

Besonders im Bürgerhaus Spreewerder und im Heimatmuseum Neu-Mönchwinkel hinkt man hinterher, da beide Siedlungsteile zu den weißen Flecken der Breitbandversorgung gehören.

*Tobias Thieme, Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE*

Vorkaufsrecht der Gemeinde für siedlungsnahe Uferstreifen

Antrag der Fraktion DIE LINKE

... Die Gemeindevertretung der Gemeinde Grünheide beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zur Sicherung des freien Zugangs zu den öffentlichen Gewässern im Bereich der Gemeinde Grünheide (Mark) zu erarbeiten.

Bis dahin, soll die Gemeinde bei Grundstücksverkäufen, die eines Negativzeugnisses durch die Gemeinde bedürfen und welche im Uferbereich eines Gewässers im Gemeindegebiet gelegen sind, das Vorkaufsrecht für einen Bereich in einer Breite von mindestens 20 Meter



Quelle: www.facebook.com/LinkeOderSpree, 18. 2. 2018

ab der Gewässerkannte ausüben. Hierzu gehören auch Teilflächen von Flurstücken die als Uferstreifen von öffentlichem Interesse sind. Die Verwaltung wird bei entsprechenden Vorgängen die Gemeindevertretung informieren. Im Zweifel entscheidet die Gemeindevertretung im Einzelfall.

Begründung:
Die Gewässer in der Gemeinde

Grünheide (Mark), sind für diese von großer Bedeutung. Sowohl für die Menschen, die in und an den Gewässern Erholung finden oder diese auch nutzen. Auch aus ökologischer Sicht, haben die Gewässer und die dazugehörigen Uferstreifen eine hohe Bedeutung für die Umwelt. Die Uferbereiche tragen in besonderem Maße zur ökologischen Vielfalt bei und sind erhaltenswert. Darüber hinaus sind die Gewässer sowie die Uferbereiche für Fischerei und Tourismus unverzichtbar. Der gesicherte Zugang für einen Aufenthalt an den Gewässern ist großer Bestandteil der Erholung der Menschen und der touristischen Vermarktung unserer Gemeinde im Löcknitzer Wald- und Seengebiet, mit der angrenzenden Müggelspree im südlichen Gemeindeteil und daher insbesondere für die Öffentlichkeit zu sichern.

Die Gemeinde Grünheide (Mark) erhält damit die Identität seiner selbst und sichert die Begehrbarkeit und den Zugang für die Allgemeinheit zu Zwecken der Naherholung und zur Sicherung des Schilf- und Röhrichschutzes sowie der Vielfalt von Flora und Fauna an den entsprechenden Stellen.

*Tobias Thieme, Vorsitzender
der Fraktion DIE LINKE*

Die Gemeinde Grünheide ist insbesondere im betroffenen OT Kagel erst vor kurzem Grundeigentümer der Seen geworden. Der Antrag entstand aus der Erkenntnis, dass Möglichkeiten geschaffen werden müssen, den Landinvestoren aus reinen Profitgründen Einhalt zu gebieten.



„... der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch“

Vor 85 Jahren, am 7. Februar 1933, organisierte das Zentralkomitee der KPD eine letzte illegale Zusammenkunft im Sporthaus Ziegenhals bei Königs Wusterhausen. Ernst Thälmann, Vorsitzender der Partei, wiederholte seinen Aufruf zu einer antifaschistischen Einheitsfront gegen die seit dem 20. Januar 1933 Adolf Hitler übertragene Herrschaft als Reichskanzler, rief die KPD zum Kampf gegen die faschistische Diktatur unter den neu-

en Bedingungen der Illegalität auf.

Zehn Jahre später, die Nazis sahen ihr Ende kommen, erschossen die SS-Bewacher am 14. August 1944 Ernst Thälmann auf dem Hof des Krematoriums des KZ Buchenwald.

In Erinnerung an das illegale ZK-Treffen der KPD lud der Freundeskreis „Ernst-Thälmann-Gedenkstätte e. V. Ziegenhals“ zu einer Matinee am 18. Februar 2018 nach Berlin in den Münzenbergsaal der Ta-

geszeitung *neues deutschland* im Franz-Mehring-Platz 1 ein.

Mit einem künstlerisch anspruchsvollen Programm wurden die Warnungen vor der faschistischen Gefahr aus der Zeit der Weimarer Republik und danach, so von Kurt Tucholsky, Bertold Brecht und Erich Weinert, in Erinnerung gebracht. Der Ernst Busch-Chor sang Lieder der Arbeiterbewegung und für den Frieden der Welt.

Mit einprägsamen, klaren Worten schilderte Max Renkl,

Vorsitzender des Freundeskreises, den illegalen Ablauf des 7. Februar 1933, entriss mit seiner historischen Rückschau diesen Tag antifaschistischer Geschichte dem Vergessen.

Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer, sprach zur neofaschistischen Gefahr der Gegenwart in Europa.

Peter Hochmuth, Woltersdorf, Mitglied der Lagerarbeitsgemeinschaft Buchenwald-Dora e. V.

DOKUMENTIERT

Aus der Ansprache von Dr. Ulrich Schneider, Generalsekretär der FIR

Liebe Kameradinnen und Kameraden, liebe Freunde und Genossen, ich bedanke mich für die Einladung als Generalsekretär der FIR (Federation Internationale de la Resistance) zu eurer heutigen Matinee. Ich freue mich besonders, dass ich heute die FIR nicht alleine vertrete, sondern auch Günter Pappenheim, ehemaliger Häftling des KZ Buchenwald und Mitglied des Ehrenpräsidiums der FIR anwesend ist.

Ich möchte den Blick auf den 85. Jahrestages der Machtübertragung an den deutschen Faschismus und damit auch die illegale Tagung des ZK der KPD in Ziegenhals um die Perspektive auf heute – nämlich die politischen Gefahren, die sich aus dem Anwachsen extrem rechter Kräfte in Europa ergeben – ergänzen. Im Herbst letzten Jahres hat sich die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer mit einem Appell „FIR in Sorge um die politische Entwicklung in Europa“ an die Öffentlichkeit gewandt.

Damals hatten wir mit Blick auf die verschiedenen europäischen Länder eine Bestandsaufnahme gemacht, die wenig verheißungsvoll war. Wir mussten konstatieren, dass der „Schoß nicht nur fruchtbar ist“, sondern dass sich dieses Europa in eine reaktionäre politische Richtung weiterentwickelt.

Ihr alle kennt die Wahlergebnisse für die AfD in **unserem Land**. Das Auftreten ihrer Mandatsträger im Bundestag und in verschiedenen Länderparlamenten zeigen immer wieder aufs Neue, dass Rassismus und Intoleranz – verbunden mit

neoliberaler Wirtschaftspolitik – zum Kernthema dieser Gruppe gehören. Dass die AfD als gezielte Provokation selbst mit Ernst Thälmann für ihre Partei gewonnen hat, macht deutlich, wie prinzipien- und geschichtslos sie alles versucht auszunutzen, von dem sie meint, dass es Stimmen bringt.

Ähnlich populistisch agiert in **Österreich** die FPÖ eines Heinz-Christian Strache, die es seit der letzten Parlamentswahl zum Koalitionspartner der konservativen ÖVP unter dem zum „Hoffnungsträger“ ernannten Sebastian Kurz gebracht hat. Der kleinste gemeinsame Nenner dieser Koalition ist die Ablehnung der Aufnahme weiterer Flüchtlinge in Mitteleuropa. Verantwortlich für die Durchsetzung dieses Zieles soll – auch nach dem Willen der ÖVP – Heinz-Christian Strache von der FPÖ sein.

Mancher wird sich noch daran erinnern, dass vor Jahren, als der damalige FPÖ-Vorsitzende Jörg Haider in die österreichische Regierung kam, die europäischen Staaten dieses Land boykottierten – diesmal ist es völlig anders. Sebastian Kurz wurde in den Elysee-Palast zum europäischen „Hoffnungsträger“ Macron eingeladen und auch die anderen Regierungen buhlen um Kontakte.

So erschreckend diese politische Perspektive ist, so ermutigend ist es auf der anderen Seite, dass vor gut einem Monat – als Reaktion auf die Einsetzung dieser Koalitionsregierung – in Wien zwischen 60 und 80 000 Menschen gegen die Politik von Kurz und die Einbindung der FPÖ in die Regierung demonstrierten. Das war die größte

politische Demonstration der vergangenen Jahre in Österreich.

Eine ähnliche Entwicklung ist in der **Tschechischen Republik** zu verzeichnen, wo der Rechtspopulist Andrej Babis (ANO) und der offen rechte Politiker Tomio Okamura (SPD) bei der Parlamentswahl die größte Zahl der Mandate erringen konnte. Ihr Credo lautet: Wir wollen keine weiteren Flüchtlinge in Europa aufnehmen. Okamura fantasiert sogar davon, die Islamisierung der Tschechischen Republik aufhalten zu müssen. Dass es Babis bis heute nicht gelungen ist, eine Regierung, die sich auf die Mehrheit der Abgeordneten stützen kann, zu bilden, hat weniger etwas mit seinen rassistischen und nationalistischen Thesen zu tun, sondern mit innenpolitischen Auseinandersetzungen. Es steht daher zu erwarten, dass auch die tschechische Republik in den kommenden Jahren von einer rechtspopulistischen Regierung geführt wird.

An einen solchen Zustand musste man sich in **Ungarn** schon seit mehreren Jahren gewöhnen. Im Vorfeld der für April 2018 anberaumten Parlamentswahl kann man als Beobachter den Eindruck gewinnen, dass der Hauptkampf zwischen der rechtspopulistischen FIDESZ und der offen faschistischen JOBBIK verläuft – also eine „Wahl zwischen Pest und Cholera“. Während JOBBIK mit nationalsozialistischer Demagogie, also der „Ethnisierung des Sozialen“ punkten will, spielt Viktor Orban (FIDESZ) – neben den massiven Einschränkungen demokratischer Freiheiten – seine Anti-EU- und Anti-Migrationspolitik aus. Im

Herbst vergangenen Jahres schockierte er die Welt mit seiner Erklärung von einer „migrantenfreien Zone“ in Ost-Mitteleuropa. Und der Bau der Grenzbefestigung gegenüber der Serbischen Republik ist mehr als nur ein Symbol der „Festung Europa“. Dass sich in diesem Land Neonazis zuhause fühlen und am vergangenen Wochenende ungestört durch die Behörden der „Festungsstadt Budapest“, die – wie das neonazistische Narrativ lautet – sich dem Vordringen der „bolschewistischen Horden“ im Februar 1945 heldenhaft entgegen gestellt habe, gedachten, ist ein weiteres Indiz für die verheerende Entwicklung in diesem Land.

Nicht weniger problematisch ist die politische Entwicklung in **Polen** unter der PiS-Regierung. Auch sie erklärt deutlich, keine Flüchtlinge im Rahmen der europäischen Solidarität aufnehmen zu wollen. Hinzukommt, dass diese Regierung innenpolitisch mit der strukturellen Ausschaltung der Opposition eine massive Rechtsentwicklung vorantreibt.

Die EU und die Bundesregierung kritisieren die polnische Regierung vor allem wegen der Frage der Gerichte und der formellen Gewaltenteilung.

Wir als Antifaschisten sehen dagegen mit großer Sorge den Aufmarsch der militanten, extrem nationalistischen Kräfte, wie beim letztjährigen „Unabhängigkeitstag“ in Warschau und gleichzeitig die Umsetzung der staatlichen Geschichtsrevision. Dies zeigt sich nicht nur im so genannten „Holocaust-Gesetz“, sondern in aller



Massivität in der Zerstörung von Gedenkstätten für die sowjetischen Befreier von 1944/45 in verschiedenen polnischen Städten auf der Grundlage des Gesetzes zur „De-Kommunisierung“ ...

... Wenn ein Europa, wie es gegenwärtig konstituiert ist, eine demokratische Perspektive haben soll, dann nur, wenn es sich glaubwürdig gegen rechtspopulistische und extrem rechte Tendenzen und Bestrebungen wehrt. Das bedeutet aber, dass sich die Politik dieser Europäischen Union insgesamt grundlegend ändern muss.

Wir wollen keine Festung Europa, die die zahllosen Toten im Mittelmeer billigend in Kauf nimmt. Europa muss offen bleiben für Menschen, die vor Krieg, politischer oder religiöser Verfolgung, Hunger und Ausbeutung fliehen ...

... Zugleich fordern wir, dass in dieser EU endlich das Prinzip durchgesetzt wird, dass sich alle Mitgliedsstaaten an der menschenwürdigen Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen angemessen beteiligen. Wer de facto Griechenland, Italien und Spanien sowie alle nicht-EU-Mittel-

meerländer mit der angemessenen Aufnahme der Menschen alleine lässt, wälzen das Problem auf wenige Staaten ab, in denen – wie die Morde eines Neonazis gegen Flüchtlinge vor wenigen Tagen in der italienischen Stadt Macerata zeigen – die sozialen Spannungen eskalieren.

Doch auch an diesem Punkt gibt es eine positive Botschaft. Am vergangenen Wochenende zeigten mehrere 10000 Italiener – unter ihnen sehr viele junge Leute –, dass sie sich gegen rassistische Gewalt stellen und die Ideale der der

Freiheitsrechte des Landes verteidigen. Wir erlebten – nicht nur in Macerata – die Lebendigkeit des antifaschistischen Italiens. Das macht Mut.

Und so treten wir – die FIR und ihre Mitgliedsverbände – ein für ein Europa, das sich seiner antifaschistischen Wurzeln aus dem gemeinsamen Kampf aller Kräfte der Anti-Hitler-Koalition bewusst ist und sich des antifaschistischen Widerstands – und da wären wir wieder bei der Erinnerung an Ernst Thälmann – und der militärischen Befreier angemessen erinnert.

Vor 80 Jahren – Legion Condor über Guernica

Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 25. Januar 2018 in Fürstenwalde

Zu einer ganz besonderen Veranstaltung lud die Rosa-Luxemburg-Stiftung am 25. Januar 2018 in die Kulturfabrik Fürstenwalde ein. Im Mittelpunkt stand ein Bericht der Fotojournalistin Gabriele Senft über ihre Reise nach Guernica in Spanien im April 2017.

Vorgeschichte – Wie sich die Ereignisse gleichen.

30. Mai 1999, Pfingsten. In der kleinen serbischen Stadt Varvarin benutzen viele Menschen die Brücke über die Morava. Es war Markttag und ein kirchlicher Umzug in der Stadt. An diesem Tag entschied sich die NATO, diesen unbedeutenden Ort zu bombardieren.

Gabriele Senft besuchte die Stadt Jahre später und lernte viele Menschen kennen, die Opfer des Angriffes waren und die noch heute von den NATO-Staaten Gerechtigkeit verlangen. Geprägt von diesen Begegnungen reifte in ihr der Entschluss, auch Guernica zu besuchen. Wie leben heute die Menschen in dieser Stadt?

Guernica – eine kleine baskische Stadt in Spanien

Gernica – ein berühmtes Bild von Pablo Picasso, das eine Anklage gegen den Krieg ist.

Guernica – das ist aber auch Sinnbild für einen Bombenangriff, der in die Geschichte als der erste Angriff auf Zivilisten einging, ein Angriff ohne strategischer Bedeutung. Ein Luftangriff, geführt von der Legion Condor, auf eine Stadt, die weit abseits bedeutender Metropolen liegt. Sie ist klein und über-

schaubar, mit einer Brücke, die die Stadt mit den umliegenden Dörfern verbindet. An diesem 26. April 1937, es war ein Montag, hatten viele Menschen die Stadt zum Ziel, denn es war Markttag. Es war der Tag, an dem die Stadt in Trümmer gelegt wurde und viele unschuldige Menschen ihr Leben verloren.



Die Fotografin und Autorin Gabriele Senft in der Fürstenwalder Kulturfabrik, Foto: Jutta Bargenda

Aus diesem Grunde reiste sie zu den Feierlichkeiten des 80. Jahrestages der Bombardierung nach Guernica. Sie begegnete Menschen, die sehr intensiv ihre Geschichte erleben. Mit viel Leidenschaft gestalteten sie das Andenken an die Opfer. Die Straßen von Guernica verwandelten sich in eine große Theaterbühne und viele Einwohner wurden zu Darstellern. Sie gestalteten Szenen des Lebens der Stadt im April 1937 und wie es sich nach der Zerstörung änderte. Mit viel Lei-

denhaft agierten die aktiven Darsteller, aber auch die zahlreichen Zuschauer.

Die eindrucksvollen Bilder von Gabriele Senft und ihre Worte beeindruckten auch uns Zuhörer. Schnell diskutierten wir über den Sinn, oder besser: Wahnsinn, solcher Angriffe.

Viele Namen ließen sich in diese Kette einfügen: Guernica, Coventry, Dresden, Varvarin, Afrin ...

Wir müssen dafür einstehen, dass Kriege aus dem Leben verschwinden.

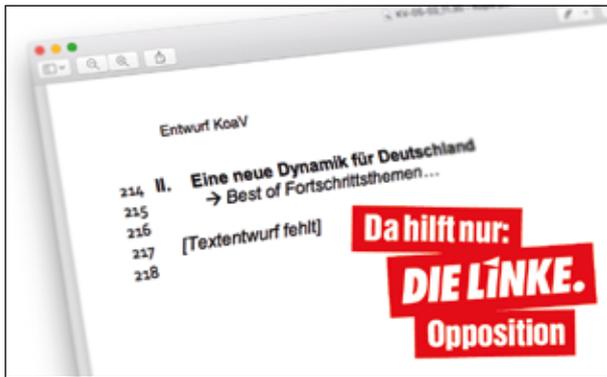
Leider zeigt die Gegenwart, daß das sehr unrealistisch ist. Solange die Rüstungsindustrie Milliarden Gewinne damit macht, sind zivile Opfer nur Kollateralschäden.

Daher begrüße ich es, dass die Gesamtmitgliederversammlung am 17. Februar 2018 in Erkner eine Solidaritätserklärung verabschiedet hat, in der die Angriffe auf die Stadt Afrin in Nordsyrien und die auch Verantwortung der Bundesregierung verurteilt wird.



von Jutta Bargenda, Fürstenwalde

Gedenken. Guernica – Gernikara: Ein Reisebericht in Bildern
Verlag Wiljo Heinen
Taschenbuch
48 Seiten
Preis: 12 Euro
ISBN-10: 3955149099



Herzlichen Glückwunsch

zum Geburtstag im März 2018



1. 3. Erika Stürz	Erkner	80 J.
6. 3. Erich Kunath	Bad Saarow	88 J.
9. 3. Peter Hochmuth	Woltersdorf	84 J.
9. 3. Werner Hübner	Schöneiche	65 J.
15. 3. Klaus Bülow	Eisenhüttenstadt	85 J.
15. 3. Ursula Schulze	Rüdersdorf	86 J.
15. 3. Siegfried Uhlig	Eisenhüttenstadt	86 J.
17. 3. Dr. Erwin Stabenow	Bad Saarow	85 J.
19. 3. Oskar Fischer	Schöneiche	95 J.
19. 3. Dr. Wolfgang Lange	Rietz-Neuendorf, OT Görzig	86 J.
21. 3. Inge Fritzsche	Eisenhüttenstadt	86 J.
22. 3. Sabine Woop	Erkner	50 J.
23. 3. Hannelore Gestewitz	Bad Saarow	65 J.
25. 3. Hildegard Richter	Neuzelle	83 J.
26. 3. Annemarie Czwalinna	Friedland, OT Zeust	87 J.
29. 3. Achim Klingner	Storkow	86 J.
29. 3. Peter Lindig	Bad Saarow	85 J.
31. 3. Dr. Günter Feldmann	Tauche, OT Lindenberg	81 J.

DIE LINKE Oder-Spree

■ Kreisgeschäftsstelle
Mühlenstraße 15 • 15517 Fürstenwalde
Telefon (0 33 61) 3 30 69 • Fax (0 33 61) 34 26 24
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
geöffnet: Mo. 10–12 u. 13–16 Uhr, Di. 10–12 u. 13–16 Uhr
Do. 10–12 Uhr, u. nach telefonischer Vereinbarung
Kasse: Do. 10–12 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Beeskow
Bahnhofstraße 29 • 15848 Beeskow
Telefon: (0 33 66) 2 02 02
E-Mail: kontakt@linke-beeskow.de
geöffnet: Di. 10–12 Uhr, Do. 14–16 Uhr

■ Gebietsgeschäftsstelle Eisenhüttenstadt
Lindenallee 30 (Rotes Café) • 15890 Eisenhüttenstadt
Telefon: (0 33 64) 4 42 51
E-Mail: dielinke-ehst@t-online.de
geöffnet: Mo. und Do. 15–18 Uhr

www.dielinke-oder-spree.de

Termine des MdL Dr. Volkmar Schöneburg

- 10. März 2018, 17 Uhr, Frankfurter Straße 23, Beeskow Burg Beeskow
Vergabe des Helmut-Preißler-Preises gestiftet von Volkmar Schöneburg
- 13. März 2018, 18 Uhr, Fürstenwalde, Mühlenstr. 15, Rote Bank
Volkmar Schöneburg präsentiert den Spielfilm „Paulette“ zur Brandenburgischen Frauenwoche

„Diese Welt wolln wir uns mal von nah besehn“

Konzert zum 120. Geburtstag von Hanns Eisler
22. April 2018, 16 Uhr, 10785 Berlin, Herbert-von-Karajan-Straße 1,
Berliner Philharmonie, Kammermusiksaal,

Auftretende Chöre:
Ernst-Busch-Chor Berlin, Brussels Brecht-Eislerkoor,
Hans-Beimler-Chor, hardChor „Ella“, Erich-Fried-Chor

Karten zu 6 und 10 Euro gibt es jeden Mittwoch um 12.30 Uhr im Gebäude des *neuen deutschland* (10243 Berlin, Franz-Mehring-Platz 1) vor dem Münzenberg-Saal oder mit Bestellung über das Internet auf der Webseite des Ernst-Busch-Chores: www.ernstbuschchorberlin.de.

Alles öffentlich im Kreistag LOS

DIE LINKE-Fraktion im Kreistag Oder-Spree
Öffentl. Fraktionssitzung: 20. 3., 17. 4. genauen Zeitpunkt und Ort bitte in der Fraktionsgeschäftsstelle erfragen
Fraktionsgeschäftsstelle: Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde
Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24

Sitzungen im März/April 2018

- Unterausschuss Jugendhilfeplanung 1. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Ordnung, Recht, Landwirtschaft und Wirtschaft 1. 3., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Soziales u. Gesundheit 6. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport 13. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss für Bauen, Umwelt und Verkehr 14. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Jugendhilfeausschuss 15. 3., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Ausschuss f. Haushalt u. Finanzen 19. 3., 18.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7
- Kreisausschuss 21. 3., 17.30 Uhr, Beeskow, Breitscheidstr. 7

Tagesordnungen und konkrete Versammlungsorte in Kreisverwaltung erfragen oder der Internetseite des Kreistages www.landkreis-oder-spree.de entnehmen.

Kreistag Oder-Spree

11. 4., 17.00 Uhr, Beeskow, Breitscheidstraße 7, Landratsamt, Haus B, Atrium

IMPRESSUM:

Herausgeber: Arbeitsgruppe „WIDERSPRUCH“ im Kreisverband DIE LINKE Oder-Spree,
Mühlenstraße 15, 15517 Fürstenwalde, Tel. (0 33 61) 3 30 69, Fax (0 33 61) 34 26 24,
E-Mail: kontakt@dielinke-oder-spree.de
Redaktion: Peter Hochmuth (V.i.S.d.P.), Tel. (0 33 62) 55 96, Fax 88 87 68, E-Mail: p-w-hochmuth@t-online.de; Jürgen Strauß, Tel./Fax (0 33 62) 5 747 0 03, E-Mail: Elvira_strauss@web.de
Erscheinung: monatlich (11 x jährlich), Redaktionsschluss: 20. Tag des Vormonats; Auflage: 2.500
Satz: Heinz Schneider, 15537 Erkner, E-Mail: Schneider.Satz@t-online.de
Druck: Buch- und Offsetdruckerei Häuser KG, Venloer Straße 1271, 50829 Köln
„WIDERSPRUCH“ wird aus Leserspenden finanziert (Herstellungskosten pro Ausgabe durchschnittlich 0,58 €, im Jahr 7 €). Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zu kürzen oder redaktionell zu überarbeiten. Nicht redaktionelle Artikel geben nicht immer die Auffassung der Redaktion wieder. Alle Leser werden gebeten, Spenden unter dem Stichwort „WIDERSPRUCH“ auf das Konto IBAN: DE2217055053410533965, BIC: WELADEDILOS bei der Sparkasse Oder-Spree, auf Spendenlisten der Partei DIE LINKE Kreisverband Oder-Spree oder in der Kreisgeschäftsstelle DIE LINKE (Mühlenstr. 15, 15517 Fürstenwalde) einzuzahlen. Höhere Spenden sind immer willkommen.

Die 28. Brandenburgische Frauenwoche steht bevor

In diesem Jahr wird der 8. März für uns LINKE ein ganz besonderer Frauentag – so viele Jubiläen auf einmal sind selten! Die frühen Internationalen Frauentage waren vom Kampf um das Frauenwahlrecht geprägt – dieses wurde im November 1918 eingeführt, vor genau 100 Jahren. Außerdem legte die USPD den Frauentag 1918 auf den 5. Mai, den Geburtstag von Karl Marx, dessen 200. Geburtstag wir in diesem Jahr feiern. Nachdem das Wahlrecht erkämpft war, ging es in der Folge um eine Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich und den legalen Schwangerschaftsabbruch – Themen, die noch heute aktuell sind.

In diesem geschichtsträchtigen Jahr werden wieder rund um den Internationalen Frauentag überall in Brandenburg frauenpolitische Veranstaltungen stattfinden. Im Rahmen der 28. Brandenburgischen Frauenwoche, die vom 1. bis zum 14. März stattfinden wird, werden zahlreiche Diskussionsveranstaltungen, Lesungen, Stadtführungen und natürlich Feiern organisiert. Den gesamten Kalender gibt es ab Mitte Februar unter www.frauenpolitischer-rat.de/frauenwoche. Auch Kreis- und Ba-

sisorganisationen können ihre öffentlichen Veranstaltungen dort eintragen.

Inhaltlich wird in diesem Jahr auf die strukturellen Benachteiligungen von Frauen aufmerksam gemacht. Wir wollen zeigen, dass Frauen nicht individuell die "Schuld" gegeben werden kann an Umständen, die gesellschaftlich bedingt sind. So hat eine Ver-



gewaltigung ihre Ursache nicht in der Kleidung der Frau und wenige Frauen in Führungspositionen sind kein Anzeichen weiblichen Unvermögens. Frauenarmut hat nichts damit zu tun, dass Frauen „freiwillig“ falsche Entscheidungen treffen. Vielmehr stehen dahinter staatliche Anreizsysteme, ökonomische Zwänge und dominante Rollenbilder. Die gesellschaftlichen Ursachen und Zusammenhänge sichtbar zu machen, ist der Anspruch der diesjährigen Frauenwoche.

Aber im Jubiläumsjahr der Einführung des aktiven und passiven Frauenwahlrechts vor 100 Jahren gibt es natürlich noch ein zweites Thema: Heute gehen Frauen ebenso häufig zur Wahl wie Männer, aber sie sind weit seltener Abgeordnete und bestimmen daher weit seltener die Politik mit als Männer. Ausgerechnet in diesem Jubiläumsjahr sind wir mit einer erstmals gesunkenen Frauenquote im Bundestag konfrontiert. Seit den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts war der Frauenanteil im Bundestag nicht mehr so niedrig. Verantwortlich dafür sind vor allem Parteien ohne quotierte Listen. In den Landtagen und den Kommunalparlamenten sind noch weniger Frauen vertreten. Auf verschiedenen Ebenen wird derzeit diskutiert, ob quotierte Listen, wie DIE LINKE sie schon immer hat, für alle Parteien künftig verpflichtend sein sollten, um zur Wahl zugelassen zu werden. DIE LINKE, auch in Brandenburg, hat langjährige Erfahrungen mit einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen und Männern in unserer Partei. Es gilt, diese Erfahrungen weiterzugeben und damit an die Forderungen der ersten Frauentage anzuknüpfen.



von
Monika von der Lippe,
 Gleichstellungsbeauftragte des Landes Brandenburg,
 Foto: privat/studio-line

Quelle der Grafik im Zucker Kasten: GroKolores, Seiten 28–29 (siehe Widerspruch, S. 3)

Zucker-Kasten

M

Mitgliederbefragung

Das hat es so noch nicht gegeben, ein Bruchteil aller, die hier leben, mussten sich mit der Frage quälen, ob sie den GroKo-Deal so wählen, oder besser „Nein“ verkünden, um sich klüger zu verbünden?



Berliner Ostermarsch

Samstag, 31. März 2018

ab 12 Uhr

**Treffpunkt und
Abschlußkundgebung
am U-Bahnhof Turmstr.**

**es spricht u. a.
Eugen Drewermann
es spielen
Die Balkonians**

**Abrüsten
statt
aufrüsten!**

Dafür engagieren wir
uns seit vielen Jahren.
Wir mischen uns ein.
Wir halten nicht still.
Wir machen jedes Jahr
aufs Neue einen Oster-
marsch.

Kommen Sie mit!

www.frikoberlin.de

Abrüsten!

Ostermarsch in Frankfurt (Oder)

Ostersonntag, 1. April 2018 • 14 Uhr
Start: Frankfort (Oder), Lindenstraße
(Friedensstele/Ehrenmal für die Sowjetsoldaten)

Veranstalter: Friedensnetz Frankfurt (Oder)